



Bundespräsident Köhler, Abschiebekandidatin Aydin*: Mal wieder Härte beweisen

IMMIGRANTEN

Von Köhler nach Kurdistan

Berlins Innensenator Ehrhart Körting lässt die Familie eines Ausländermädchens abschieben, das der Bundespräsident als Vorbild der Integration ehrt.

Stolz hält die 17-jährige Berlinerin die Einladung in der Hand: „Der Bundespräsident und Frau Eva Luise Köhler bitten zum Konzert ‚Bellevue unplugged‘“, steht da – und darunter steht ihr Name, mit schwarzem Stift eingetragen: Hayriye Aydin. Zur Wiedereröffnungsfeier seines renovierten Amtssitzes veranstaltet Horst Köhler an diesem Mittwoch ein Konzert mit Bands wie Juli und Keimzeit. Für Hayriye soll die Einladung eine Auszeichnung sein, weil sie sich in ihrer Schule in einem Projekt gegen Antisemitismus engagierte. Vielen Gleichaltrigen, Lehrern und Schuldirektoren gilt die junge Muslimin als Vorbild in Sachen Völkerverständigung.

Doch einen Tag nachdem der Bundespräsident ihr die Hand geschüttelt haben wird, dürfte sich das Mädchen in einem Stück aus Absurdistan wiederfinden. Ab dann nämlich will Berlins SPD-Innensenator Ehrhart Körting die Realschülerin, ihre Eltern und sechs ihrer Geschwister endgültig zur Ausreise zwingen. Sie sollen früher oder später, notfalls mit Gewalt, in jenes kurdische Bergdorf abgeschoben werden, aus dem die Eltern 1989 nach Deutschland kamen und das die Kinder kaum oder gar nicht kennen – da hilft auch kein Lob vom Staatsoberhaupt.



Asylpolitiker Körting
Druck von ganz oben

Die Ausweisung, sagt der Innensenator, sei nämlich im „öffentlichen Interesse“, schließlich habe der Vater des Mädchens vor Jahren versucht, sich unter falschem Namen Asyl zu erschleichen. „Dafür dürfen aber doch nicht die Kinder büßen“, kontert Jesuitenpater Klaus Mertes von der Berliner Härtefallkommission, die über strittige Asylfälle berät.

Eltern, Nachbarn, Schüler und Lehrer sammelten schon Unterschriften für die Familie, deren Integrationsbemühungen von der Innenverwaltung auch nicht bestritten werden. „Wenn aber erfolgreiche Integration nicht belohnt, sondern bestraft wird, befördert die Politik Hass“, zürnt Mertes. Eine Kritik, die auch der oberste Katholik der Hauptstadt, Kardinal Georg Sterzinsky, mit Blick auf den Fall Aydin unterstützt: „Die Menschen dürfen nicht darunter leiden, dass die Politik versäumt, Lösungen für die Probleme zu finden.“

Dabei ist Körting eigentlich alles andere als ein Hardliner: In der Multikulti-Metropole Berlin hat er – anders als mancher seiner Vorgänger – eher beruhigend gewirkt. Auch in der Innenministerkonferenz hat er sich nie durch populistische Forderungen profiliert. Doch gerade dieser eher behutsame Kurs hat ihm Druck von ganz oben eingetragen.

Denn aus dem Hause von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) erhielt Körting vor wenigen Wochen einen Brief. Schäubles Beamte wollten von dem Sozialdemokraten wissen, wie es denn kommen könne, dass in Berlin so viele Asylbewerber als Härtefall anerkannt würden.

Zum Beweis, dass auch er – wenn nötig – knallhart sein kann, schickte Körting nun einen Antwortbrief: Um den Kollegen Schäuble zu beruhigen, verwies er

* Links: mit seiner Frau Eva Luise; rechts: mit der Einladung des Bundespräsidenten.

auf seine unbeugsame Haltung im Fall Aydin.

Es war nicht das erste Mal, dass Körting sich rechtfertigen musste. Immer wieder wurde ihm von CDU-Kollegen aus anderen Bundesländern vorgehalten, er mache bei strittigen Asylfällen zu viele Ausnahmen. In Niedersachsen etwa hat sich die CDU-geführte Landesregierung bisher dagegen verwahrt, überhaupt eine Härtefallkommission einzurichten. Dort kritisierten Kirchen-Gewaltige schon, dass Innenminister Uwe Schünemann im vergangenen Jahr nur in einem einzigen Fall Gnade walten lassen. Körting hatte dagegen bei 187 Härtefällen nachgegeben.

Der SPD-Mann will zudem in der Innenministerkonferenz ein Bleiberecht für jene Asylbewerber durchsetzen, die in der Bürokratsprache „Altfälle“ genannt und immer wieder „geduldet“ werden. Mehr als 150 000 Asylbewerber leben bundesweit in diesem rechtlichen Schwebzustand. Wer schon seit Jahren hier unbescholten wohne, soll nach Körtings Vorstellungen für immer bleiben dürfen. Doch da im Gremium der Innenminister nur einstimmige Beschlüsse gelten, scheiterten bislang alle Einigungsversuche.

Müsste Körting nicht gerade mal Schäuble gegenüber Härte beweisen, entspräche es seiner Logik, die Familie Aydin hierzulassen: Zwei Kinder sind Klassenstrecker, drei stehen vor dem Realschulabschluss, zu Hause wird Deutsch gesprochen – besser kann man sich kaum integrieren. Doch Körting will sich Schäubles Missfallen nicht aussetzen: „Wir müssen abschieben, entscheidend sind die falschen Angaben des Vaters vor 16 Jahren.“

Dagegen setzen Aydin-Unterstützer aus zwei Berliner Schulen unter anderem eine Kalkulation. Sie haben überschlagen, wie viel Geld der deutsche Staat in die Ausbildung der kurdischen Kinder investiert hat. Sie wollen auf 416 000 Euro gekommen sein. „Dieses Geld“, heißt es in einem Flugblatt der Elternvertreterin Svenja Pelzel, „wäre nach einer Abschiebung weg.“

PETER WENSIERSKI